

# **Kolumbien: Kriminelle Gruppen, Drogenhändler und staatlicher Schutz in der Provinz Valle del Cauca**

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 12. März 2021

Diese Recherche basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

## **Impressum**

Herausgeberin  
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@fluechtlingshilfe.ch](mailto:info@fluechtlingshilfe.ch)  
Internet: [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)  
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen  
Französisch, deutsch

## **COPYRIGHT**

© 2021 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Aktuelle Sicherheitslage in der Stadt Cali und der Provinz Valle del Cauca</b> .....	<b>4</b>
<b>3</b>	<b>Situation von sozialen Anführern und Menschen, die sich gegen kriminelle Gruppen und Drogenhändler stellen</b> .....	<b>5</b>
<b>4</b>	<b>Staatlicher Schutz</b> .....	<b>6</b>
4.1	Sehr beschränkte Schutzmöglichkeiten für eine Person, die von kriminellen Gruppen bedroht wird .....	6
4.2	Antwort der lokalen Behörden auf Drohungen gegen soziale Führer und Personen, die sich kriminellen Gruppen widersetzen .....	7
4.3	Nationale Schutzeinheit (UNP) .....	8
4.4	Schutzmassnahmen gegen Kindesentführungen .....	11
<b>5</b>	<b>Justizsystem und Zugang zur Justiz für Opfer von bewaffneten und kriminellen Gruppen</b> .....	<b>12</b>
<b>6</b>	<b>Quellen</b> .....	<b>13</b>

# 1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie ist die aktuelle Sicherheitslage in der Provinz Valle del Cauca und der Stadt Cali?
2. Welchen Risiken sind Personen ausgesetzt, die in Kolumbien und insbesondere in Cali, Valle del Cauca, Morddrohungen von Drogenhändlern und kriminellen Gruppen erhalten haben?
3. Welcher Gefahr sind Familienangehörige einer Person ausgesetzt, die in Kolumbien von Drogenhändlern und kriminellen Gruppen bedroht wurde?
4. Sind die kolumbianischen Behörden in der Lage, eine von kriminellen Gruppen und Drogenhändlern bedrohte Person zu schützen?
5. Unternimmt der Staat etwas bei der Gefahr/Androhung einer Kindesentführung durch kriminelle Gruppen und Drogenhändler?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

## 2 Aktuelle Sicherheitslage in der Stadt Cali und der Provinz Valle del Cauca

**Zunehmende Gewalt durch Aktivitäten von bewaffneten und kriminellen Gruppen in bestimmten Regionen Kolumbiens, unter anderem in der Provinz Valle del Cauca. Beschränkte staatliche Präsenz vermindert Schutzzfähigkeit des Staates. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 76 Massaker (292 getötete Personen) registriert, die höchste Zahl seit 2014. Situation weiter verschärft aufgrund von Lockdown-Massnahmen wegen COVID-19.** Im letzten Bericht des *Hochkommissariats für Menschenrechte* (OHCHR) an den *Menschenrechtsrat* zur Lage der Menschenrechte in Kolumbien stellt es fest, dass es im Land weiterhin zu verbreiteter Gewalt kommt. In bestimmten Regionen des Landes habe sich die Gewalt sowie die territoriale und soziale Kontrolle durch nicht-staatliche bewaffnete Gruppen und kriminelle Gruppen erhöht. Die Mordraten pro 100'000 Einwohner\_innen sei besonders alarmierend in den Provinzen Cauca (53.71), Chocó (54.31), Putumayo (42.8) und Valle del Cauca (45.17). OHCHR hat beobachtet, dass es insbesondere in den Städten zu mehr Massakern und Menschenrechtsverletzungen an Menschenrechtsverteidiger\_innen kam, in denen multidimensionale Armut verbreitet ist und illegale Wirtschaftszweige gedeihen, die wiederum die allgegenwärtige Gewalt anheizen. In diesen Landesregionen nehme der Staat seine Schutzpflichten gegenüber der Bevölkerung nur noch sehr beschränkt wahr, weil er kaum noch präsent sei. OHCHR dokumentierte im Jahr 2020 76 Massaker. Das sei die höchste Zahl seit 2014. Dabei seien insgesamt 292 Menschen ermordet worden. Diese Gewalt konzentriere sich auf die Provinzen Antioquia, Cauca, Narino und Norte de Santander (OHCHR, 10. Februar 2021). Laut *City Papers Bogota*, der wichtigsten englischsprachigen Zeitung in Kolumbien, in der das OHCHR zitiert wird, waren die Lockdown-Massnahmen zum Kampf gegen die COVID-19-Pandemie eine Chance für Kriminelle und bewaffnete Gruppen, die indigene Bevölkerung, soziale Anführer und Bauern zu töten und zu bedrohen und Gebiete mit illegalen Wirtschaftszweigen zu übernehmen. Laut dem Sprecher der UN, der von *City Papers Bogota* zitiert wurde, profitierten diese Gruppen davon, dass die meisten Menschen im Lockdown

waren, um ihre Anwesenheit und Kontrollen in den Gebieten auszuweiten (*City Papers Bogotá*, 21. Mai 2020).

**Es gibt fast 182 kriminelle Gruppen in Cali. 119 Gangs sind hauptsächlich im Drogengeschäft tätig. Einige Gruppen haben auch Ableger in anderen Landesregionen. Grosse Unsicherheit und die höchste Kriminalitätsrate im Land. Wenige Polizisten zum Schutz der Bevölkerung.** Gemäss einem Bericht des *Generalkommissariats für Flüchtlinge und staatenlose Personen* (CGRS), das sich auf Informationen des Sicherheitsministeriums von Cali und dem *Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung* (UNODC) stützt, gibt es viele illegale Gruppen in der Stadt. Sie würden durch den illegalen Drogenanbau in den Gemeinden in der Nähe der Stadt angezogen. Die kriminellen Strukturen in der Stadt hätten Ableger in anderen Regionen des Landes. Die Stadt sowie die Provinz Valle del Cauca seien durch eine allgemeine Unsicherheit, Erpressungen und Schmuggel gezeichnet. Zitierend aus der Zeitung *El Espectador*, die sich auf einen neuen Bericht der UNODC stützt, erklärt der CGRS, dass es in der Stadt etwa 182 Gruppen gibt, die mit illegalen und kriminellen Strukturen verbunden und unterschiedlich organisiert sind. Von ihnen beschäftigten sich 119 Gangs hauptsächlich mit Diebstahl und Drogenhandel. Sie seien in sechs Gemeinden/Quartieren der Stadt präsent. Auch wenn die Kriminalität in den letzten Jahren zurückgegangen sei, sei sie hier immer noch am höchsten in ganz Kolumbien. Im Jahr 2018 kam es zu 46.7 Morden pro 100'000 Einwohner\_innen, was doppelt so viel ist wie der nationale Durchschnitt. Laut *Insight Crime*, das von CGRS zitiert wird, ist diese hohe Rate auf das Vorhandensein von Auftragskillern und die Ausbreitung krimineller Banden zurückzuführen, die um die Kontrolle des lokalen Drogenmarktes konkurrieren. Die Strassenkriminalität sei die am weiteste verbreitete Form der Kriminalität und diejenige, die am meisten Menschen betrifft. Ausserdem gebe es in der Stadt nur wenige Polizisten, ungefähr 6000 für 2.5 Millionen Einwohner\_innen (CGRS-CEDOCA, 19. November 2019).

### **3 Situation von sozialen Anführern und Menschen, die sich gegen kriminelle Gruppen und Drogenhändler stellen**

**Kolumbien ist weiterhin eines der gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger\_innen und soziale Anführer\_innen. Im Jahr 2020 wurden etwa 133 von ihnen ermordet. Allein im Januar 2021 wurden bereits 14 soziale Anführer\_innen getötet. Das ist die höchste Rate seit 2016. Die Morde geschehen in Regionen, in denen der Staat nur wenig präsent ist, einschliesslich der Provinz Valle del Cauca. Meistens werden die Taten von kriminellen Gruppen verübt.** Für *Amnesty International* (AI) ist Kolumbien weltweit eines der gefährlichsten Länder für soziale Anführer\_innen und Menschenrechtsverteidiger\_innen (AI, 26. März 2020). Das OHCHR gibt an, im Jahr 2020 133 Morde an diesen Personengruppen registriert zu haben. Diese Morde würden hauptsächlich in Regionen geschehen, in denen der Staat wenig präsent sei. 72 Prozent der Vorfälle fanden in den Regionen Cauca, Choco, Norte de Santander, Putumayo und Valle del Cauca statt. Die meisten dieser Morde seien in ländlichen Gebieten geschehen, in denen die illegale Wirtschaft, insbesondere die Kokain-Produktion, floriert und in denen es weit verbreitete multidimensionale Armut gibt. In den bestätigten Fällen seien die Morde hauptsächlich kriminellen Gruppen (25 Prozent), FARC-Dissidentengruppen (15 Prozent), der Nationalen Befreiungsarmee ELN (13 Prozent) und der

Armee oder der Polizei (4 Prozent) zuzuschreiben (OHCHR, 10. Februar 2021). Im Mai 2020 berichtete *City Papers Bogota*, dass Jorge Enrique Oramas, ein Soziologieprofessor der Universität von Valle del Cauca und Umweltschützer, in Cali getötet wurde, weil er sich gegen die illegalen Minentätigkeiten im Nationalpark eingesetzt hatte (*City Papers Bogota*, 21. Mai 2020). Im Februar 2021 berichtete das *Washington Office on Latin America* (WOLA), eine amerikanische NGO, dass der Beginn des Jahres 2021 das gewalttätigste Jahr seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 2016 gewesen sei. Gestützt auf Informationen der *Jurisdicción Especial para la Paz* (JEP), eine Organisation, die im Rahmen des Friedensabkommens gegründet wurde, berichtet WOLA, dass zwischen 1. und 26. Januar 2021 14 soziale Führer getötet wurden. Das bedeute, ein Führer alle 41 Stunden (WOLA, Februar 2021).

## 4 Staatlicher Schutz

### 4.1 Sehr beschränkte Schutzmöglichkeiten für eine Person, die von kriminellen Gruppen bedroht wird

**Unzureichende Schutzfähigkeit. Sogar Personen, die unter Staatsschutz stehen, werden regelmässig ermordet. Verbreitete Korruption, die die Effizienz von Schutzmassnahmen verhindert.** Laut einer E-Mail vom 5. März 2021 an die SFH von einer *Kontaktperson, die Researcher ist und sehr gute Kenntnisse über Kolumbien hat*, ist der kolumbianische Staat nicht in der Lage, eine Person, die von einer kriminellen Gruppe bedroht wird, wirksam zu schützen. Der Staat verfüge zwar über das Schutzprogramm der nationalen Schutzeinheit (UNP), doch würden sehr viele Menschen einen solchen Schutz benötigen, und es habe bereits Morde in der Anwesenheit von Leibwächtern gegeben. Laut einer E-Mail vom 7. März 2021 von einer *Kontaktperson, die Experte in Menschenrechtsfragen in Kolumbien ist*, sei es unwahrscheinlich, dass eine Person, die eine kriminelle Gruppe oder Drogenhändler in Cali öffentlich denunziert habe, wirksam von den Behörden geschützt würde. Ein Grund dafür sei die überall herrschende Korruption und die weit verbreitete Angst, insbesondere in der Provinz Valle del Cauca. Laut dieser Kontaktperson wären Schutzmassnahmen oft nicht ausreichend, um einen Angriff abzuwehren, selbst wenn die Person solche Massnahmen erhalten würde (was überhaupt nicht garantiert sei). Die lokalen Beamt\_innen würden selbst bedroht, wenn sie solche Angriffe voraussehen oder abwehren. Es komme auch vor, dass sie von den kriminellen Gruppen bezahlt würden, um wegzuschauen oder solche Schutzmassnahmen zu verzögern. Laut einer E-Mail vom 10. März 2021 von einer *Kontaktperson, der Experte in Sicherheitsfragen in Kolumbien ist*, sei es unwahrscheinlich, dass eine Person, die eine kriminelle Gruppe oder Drogenhändler in Cali öffentlich denunziert habe, wirksam vor Drohungen dieser Gruppen geschützt würde.

**Eine Umsiedlung ist wirkungslos, insbesondere wenn die kriminelle Gruppe über landesweite Netzwerke verfügt.** Laut der *Kontaktperson, die Researcher ist und sehr gute Kenntnisse über Kolumbien hat*, sei es schwierig, Aussagen über die Wirksamkeit von Umsiedlungen einer bedrohten Person in eine andere Region oder Stadt zu machen. Wenn die kriminelle Gruppe eine lokal organisierte Drogenhändlerbande sei, könnte eine solche Umsiedlung den Drohungen ein Ende setzen. Doch wenn diese Drohungen von einer wichtigeren Organisation kommen würden, die auf nationaler Ebene tätig ist (und zum Beispiel mit den Clans del Golfo/Urabeños/Gaitanistas zusammenhängt), sei es sehr wahrscheinlich, dass die

Person auch in einer grösseren Stadt bedroht wäre. Laut der Kontaktperson, die *Expertin in Menschenrechtsfragen in Kolumbien ist*, erstrecken sich die Netzwerke von Drogenhändlern oft über das ganze Land. Deshalb sei es nicht selten, dass eine Person in einen anderen Landesteil flüchte, um sich bedeckt zu halten, doch sobald sie entdeckt würde, wäre sie wieder in Gefahr. Diese Kontaktperson berichtete, dass sie Kenntnisse von einem Fall einer Person habe, die fünf- bis achtmal innerhalb des Land geflohen sei und sich immer wieder das gleich Gefährdung abgespielt habe. Es sei auch nicht ungewöhnlich, dass diese kriminellen Gruppen gegen Familienangehörige der Zielperson vorgehen. Laut der E-Mail vom 10. März 2021 von einer *Kontaktperson, der Experte in Sicherheitsfragen in Kolumbien ist*, sei die Wirksamkeit einer Umsiedlung schwierig einzuschätzen, ohne die Identität der kriminellen Gruppe zu kennen. Viele Drogenhändlergruppen seien nur in bestimmten Regionen tätig. Es hänge davon ab, wie weit die Gruppe auf nationaler Ebene befehligt und kontrolliert werde, welche Allianzen sie möglicherweise mit Gruppen in anderen Teilen des Landes habe und wie sie in die korrupten Netzwerke der nationalen Behörden eingebunden sei.

## 4.2 Antwort der lokalen Behörden auf Drohungen gegen soziale Führer und Personen, die sich kriminellen Gruppen widersetzen

**Es fehlt den lokalen Behörden an Ressourcen, und sie werden selbst von bewaffneten und kriminellen Gruppen bedroht. Schutzmassnahmen sind nur begrenzt wirksam und können sogar das Risiko für die geschützten Personen erhöhen. Unterstützung der Behörden kommt häufig zu spät.** Die *International Crisis Group (ICG)* hält fest, dass aus juristischer Sicht die lokalen Behörden als erste auf Drohungen gegen soziale Führer reagieren müssten. Sie müssten dringenden Schutz für die bedrohten Personen und ihre Familien bereitstellen, wie zum Beispiel eine andere temporäre Unterkunft. Doch seien solche Massnahmen in der Praxis selten möglich, insbesondere aufgrund der fehlenden Ressourcen, wegen Drohungen und Einschüchterungen durch bewaffnete Gruppen oder aufgrund starker wirtschaftlicher Interessen. Wenn es zu Drohungen komme, sei eine der ersten Schutzmassnahmen der Polizei, regelmässige Patrouillen um das Haus der bedrohten Person zu machen. Doch sagen viele soziale Führer, dass diese Patrouillen dazu führen könnten, dass die Person als Informant angesehen werde, wodurch sich die Gefahr von Vergeltungsmassnahmen noch erhöhe. Ein weiteres Problem sei es, dass durch die Patrouillen auf den Wohnort der bedrohten Person aufmerksam gemacht werde. Im Prinzip müssten diese lokalen Massnahmen die Unterstützung der nationalen Behörden, also des Innenministeriums, auslösen. Doch könne diese Unterstützung laut ICG Wochen oder Monate dauern, wenn sie denn überhaupt zustande käme. Einige soziale Führer befürchteten auch, dass es riskant sein könnte, eine Beschwerde bei der Polizei einzureichen, da die Sicherheitskräfte selbst in die Drohungen gegen sie verwickelt sein könnten (ICG, 6. Oktober 2020).

**Anwält\_innen, Staatsanwält\_innen und Richter\_innen werden von der organisierten Kriminalität in Cali und im Valle del Cauca bedroht. Staat ist unfähig, sie wirksam zu schützen, insbesondere aufgrund der Budgetkürzungen für den Schutz von Beamten.** Laut *Insight Crime*, eine journalistische und investigative Organisation, wurde im Dezember 2019 Alcibiades Liberos Varela, der leitende Staatsanwalt für organisiertes Verbrechen in Cali, am helllichten Tage ermordet. Dieser Mord hänge laut Sicherheitsminister Andrés Villamizar mit der Arbeit des Staatsanwaltes zusammen. Er wollte die Strukturen des organisierten Verbrechens im Valle del Cauca zerschlagen. Nachdem im Januar 2020 fünf Männer verhaftet

wurden, von denen vier später gestanden haben, am Mord beteiligt gewesen zu sein, habe das Büro des Generalstaatsanwalts verkündet, dass diesem Mord ein misslungener Diebstahl zugrunde gelegen sei. Die Frau von Libberos und zwei seiner früheren Kollegen sind jedoch davon überzeugt, dass die Täter speziell für diesen Überfall ausgewählt worden seien und Teil einer Gruppe in einem Sektor von Cali seien, der von der wichtigsten Mafia kontrolliert wird. Die Frau von Libberos habe sich ebenfalls beschwert, dass der Sicherheitsdienst von Libberos vor mehreren Jahren aufgrund von Budgetkürzungen eingestellt worden war. Das Büro des Generalstaatsanwalts habe mehrere Anfragen ihres Mannes um zusätzlichen Schutz abgelehnt. Die Generalstaatsanwaltschaft sagte, seine Situation würde die Kriterien nicht erfüllen, um in das Schutz- und Unterstützungsprogramm aufgenommen zu werden. Nach dieser Ablehnung habe Libberos nicht mehr um Schutz nachgefragt. *Insight Crime* ist der Meinung, dass die Tatsache, dass der Staatsanwalt am helllichten Tag erschossen werden konnte, ernsthafte Bedenken über die Sicherheit von Staatsangestellten aufkommen lasse, die gegen das organisierte Verbrechen vorgehen. *Insight Crime* fragt sich auch, warum Sicherheitsmassnahmen für Beamte verweigert werden, die sich bedroht fühlen, insbesondere wenn man bedenke, dass es in Kolumbien üblich sei, Auftragskiller und Einschüchterungstaktiken einzusetzen, um Staatsanwält\_innen und Richter\_innen ruhigzustellen. Einige Monate vor dem Mord des Staatsanwaltes sei bereits ein Richter in Cali Opfer eines versuchten Mordanschlags geworden. Die darauffolgende Untersuchung hätten die Drahtzieher nicht zu Tage gebracht. *Insight Crime* stellt ebenfalls fest, dass die Regierung unter Präsident Ivan Duque die Sicherheitsausgaben für den Schutz von Beamten immer mehr kürzt. Laut einem ehemaligen Polizeiermittler, der sich auf das organisierte Verbrechen in Cali spezialisiert hat und mit *Insight Crime* sprach, sei die Ermordung von Libberos eine Botschaft an die Behörden und an diejenigen, die darüber nachdenken, gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen (*Insight Crime*, 6. Februar 2020).

**Vermeintliche Verbindungen zwischen lokalen Behörden und dem organisierten Verbrechen bremsen Untersuchungen aus. Im März 2021 wurde ein Staatsanwalt der Stadt Cali verhaftet, da er für eine grosse Geldsumme eine Untersuchung verhindert hat.** Laut *Insight Crime* glauben frühere Kollegen des Staatsanwaltes Libbero, der im Dezember 2019 in Cali ermordet wurde, dass aufgrund des jahrelangen mafiösen Einflusses dieser die Strukturen der lokalen Behörden durchdrungen habe (*Insight Crime*, 6. Februar 2020). Im März 2021 berichtete die Generalstaatsanwaltschaft, dass zwischen Dezember 2019 und Januar 2020 ein Staatsanwalt der Stadt Cali zusammen mit einem Anwalt von der Bundespolizei wegen illegaler Handlungen verhaftet wurden. Laut dieser Quelle sollen die beiden Personen mit anderen Justizbeamten konspiriert haben, um Strafverfahren wegen Mordes und Entführung zu verzögern und zu vermeiden. Der betreffende Staatsanwalt erhielt angeblich 100 Millionen COP, umgerechnet 26'000 Schweizer Franken, von der Person, die daran interessiert war, die Ermittlungen gegen ihn zu verlangsamen (*Fiscalía General de la Nación*, 11. März 2021).

### 4.3 Nationale Schutzeinheit (UNP)

**UNP von Schutzanfragen überrannt. Die meisten Anfragen werden abgelehnt. Die erdrückende Mehrheit der in 2019 und 2020 getöteten Menschenrechtsverteidiger\_innen hatten keine Schutzmassnahmen erhalten.** Das *Business & Human Rights Resource Center* gibt an, dass in den letzten Jahren die nationale Schutzeinheit (UNP) die vielen Schutzanfragen nicht beantworten konnte, nachdem die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\_innen zugenommen hatten. Der Direktor der UNP, Pablo Elias Gonzales, der von dieser Quelle



zitiert wurde, gibt insbesondere zu, dass die Kapazität der UNP für kollektiven Schutz aufgrund zu vieler Anfragen aus der indigenen, schwarzen und ländlichen Bevölkerung ausgeschöpft sei (*Business & Human Rights Resource Center*, März 2020) Laut OHCHR erhielt die UNP im Jahr 2020 weiterhin eine sehr hohe Anzahl von Schutzanfragen. In diesem Jahr wurden 3749 Menschenrechtsverteidiger\_innen und sozialen Führern Schutzmassnahmen gewährt (OHCHR, 10. Februar 2021). Nach Angaben von *Human Rights Watch* (HRW) erhielt die UNP im Jahr 2020 über 31'000 Anträge auf Schutzmassnahmen, von denen mehr als ein Drittel von Menschenrechtsverteidiger\_innen stammte. Im Laufe des Jahres wurden ca. 1600 Schutzprogramme für diese Personen bereitgestellt und umgesetzt. Im Jahr 2019 wurden von den 13'000 Anträgen auf Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen nur 1900 angenommen und umgesetzt. Laut HRW waren die meisten der seit 2016 getöteten Menschenrechtsverteidiger\_innen und sozialen Führern in keinem Schutzprogrammen. Im Jahr 2019 haben von den 108 in dem Jahr getöteten Menschenrechtsverteidiger\_innen nur sechs Schutzmassnahmen erhalten, aber nur drei von ihnen haben die Massnahmen zum Zeitpunkt ihrer Ermordung in Anspruch genommen. Laut OHCHR, das von HRW zitiert wird, wurden nur vier der 53 zwischen Januar und Dezember 2020 getöteten Menschenrechtsaktivist\_innen Schutzprogramme gewährt. Drei von ihnen nahmen das Schutzprogramm nicht vollständig in Anspruch, als sie getötet wurden (HRW, Februar 2021).

**Verzögerungen bei der Zuteilung von Schutzmassnahmen, was zu erhöhter Gefahr für Menschenrechtsverteidiger\_innen und soziale Führer führt.** Laut OHCHR hat sich durch Verzögerungen bei der Bekanntgabe von Entscheiden und der Umsetzung von Schutzmassnahmen sowie Fragen zur Angemessenheit, insbesondere in ländlichen Gebieten, die Risiken für Menschenrechtsverteidiger\_innen erhöht (OHCHR, 10. Februar 2021). Laut HRW hat die UNP gemäss kolumbianischem Recht 30 Tage Zeit, um das Risiko einer schutzbedürftigen Person zu bewerten. Im Dezember 2020 gab die UNP gegenüber HRW jedoch zu, dass diese Risikoanalysen im Mai 2020 «im Durchschnitt 160 Tage nach der gesetzlichen Frist» durchgeführt worden seien und im Dezember durchschnittlich 101 Tage nach der gesetzlichen Frist. In einigen Fällen seien die Menschenrechtsverteidiger\_innen getötet worden, während sie darauf gewartet haben, dass die Einheit die Schutzprogramm gewährt oder umsetzt (HRW, Februar 2021). Laut ICG dauern Risikobewertungen oft Monate und die UNP gewährt selten dringende Schutzmassnahmen. Jede Woche werden fast 350 Fälle überprüft (ICG, 6. Oktober 2020).

**Begrenzte Ressourcen und Budget für die Finanzierung von Schutzmassnahmen der UNP. Begrenzte UNP-Präsenz in ländlichen Gebieten, was die Prüfung von Schutzanfragen verzögert.** HRW berichtet, dass das Budget der UNP stark gekürzt worden sei. Im Jahr 2019 belief sich ihr Budget auf 688'747'241'558 COP, oder 180 Millionen Schweizer Franken.<sup>1</sup> Die Hälfte dieses Betrags war für den Schutz von Regierungsbehörden vorgesehen. In jenem Jahr gab die UNP 200 Milliarden COP oder 52 Millionen Schweizer Franken mehr aus als das ursprüngliche Budget, was die UNP dazu zwang, die für das folgende Jahr vorgesehenen Mittel zu verwenden. Für das Jahr 2020 wurde das Budget auf 939'365'926632 COP, also etwa 246 Millionen Schweizer Franken, erhöht, aber es wurden fast 1'094'449'822'495 COP, also etwa 287 Millionen Schweizer Franken, ausgegeben (HRW, Februar 2021). Zudem fehlt es der UNP auch an Personal. Die UNP gab an, dass sie zwischen Juli 2019 und Dezember 2020 die Zahl der Beamt\_innen, die für die Risikoanalyse von Personen, die Schutzprogramme beantragen, zuständig sind, von 166 auf 206 erhöht hat. Doch laut HRW kommt es

---

<sup>1</sup> Wechselkurs vom 12. März 2021.

vor, dass die Beamt\_innen ihre Analysen telefonisch durchführen, statt in die Gemeinde der Person zu gehen, die Schutz beantragt hat (HRW, Februar 2021). HRW weist auch auf die Unterkapazität der UNP hin, die nur einen Vertreter im Departement Arauca hat. Dies verzögert die Prüfung von Schutzanträgen, da die UNP Vertreter aus Bogotá oder anderen Städten entsenden muss, um Sicherheitsbewertungen im Departement durchzuführen. Aufgrund mangelnder Ressourcen und Unsicherheit muss die UNP ihre Risikobewertungen oft auf städtische Gebiete beschränken. Ausserdem wird die Umsetzung von Sicherheitsplänen aufgrund unzureichender Mittel reduziert (HRW, Januar 2020).

**Sicherheitsmassnahmen der UNP sind seit März 2020 mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie geschwächt.** Laut AI wurden aufgrund von Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie die staatlichen Schutzmassnahmen einiger Menschenrechtsverteidiger\_innen und von gesellschaftlichen Führungspersönlichkeiten seit März 2020 reduziert. Laut dieser Quelle ist eine der Folgen, dass diese Menschen nicht mehr in Bewegung bleiben und von einem Ort zum anderen ziehen können, um sich zu schützen, und dass sie sich verstecken müssen. Diese Menschen sind auch deshalb stärker gefährdet, weil die Gruppen, die sie bedrohen, wissen, dass die Sicherheitskräfte mit den Auswirkungen der Pandemie beschäftigt sind (AI, 26. März 2020). Nach Angaben des *Committee to Protect Journalists* (CPJ) beschloss das UNP-Komitee für Risikobewertung und Schutzmassnahmen am 19. März 2020 seine Sitzungen zur Risikobewertung aufgrund der COVID-19-Pandemie auszusetzen. In diesen Sitzungen werden Anfragen für Schutzmassnahmen behandelt. Das CPA wies danach darauf hin, dass der Staat die Pandemie nicht als Ausrede benutzen sollte, um sich seiner Verantwortung zum Schutz seiner am meisten gefährdeten Bürger\_innen zu entziehen, und dass der Staat Wege finden sollte, die Treffen trotzdem durchzuführen (CPJ, 2. April 2020).

**Schutzmassnahmen häufig ungeeignet, wodurch sich teilweise das Risiko für geschützte Personen erhöht. Massnahmen funktionieren besser in städtischen Gebieten.** Laut HRW sind viele Menschenrechtsverteidiger\_innen besorgt darüber, dass die Schutzprogramme, insbesondere Personenschützer, Fahrzeuge und schussichere Westen, sie noch stärker exponieren, da sie damit die Aufmerksamkeit auf sich ziehen (HRW, Februar 2021). Laut ICG unterscheiden sich die Sicherheitsmassnahmen sehr stark. Sie reichen von einem Handy oder einem Selbstverteidigungskurs bis zu einem Panikknopf und einer schussicheren Weste. Laut dieser Quelle funktionieren diese Ansätze besser in städtischen Gebieten, seien aber auch dort nicht unfehlbar. Die sozialen Führer wissen diesen Schutz im Allgemeinen zu schätzen, sorgen sich aber gleichzeitig, dass es sie sichtbarer für bewaffnete oder kriminelle Gruppen macht. Gefährdete soziale Führer\_innen können in ihrer Region umgesiedelt und mit einem oder mehreren Leibwächtern ausgestattet werden, während die am stärksten gefährdeten Personen in die Stadt verlegt und mit gepanzerten Autos, Benzingeld und einem Grundeinkommen ausgestattet werden. Laut ICG werden viele Führer, die unter Schutz stehen, aufgefordert, sich anderswo niederzulassen. Um zu vermeiden, dass sie ihre Häuser und die Sache, für die sie sich einsetzen, aufgeben müssen, verzichten viele soziale Führer darauf, Sicherheit zu suchen, und schaffen stattdessen ihre eigenen informellen Koordinationsnetzwerke und gemeindebasierten Frühwarnsysteme (ICG, 6. Oktober 2020). Laut dem Direktor von UNP, der vom *Business & Human Rights Resource Center* zitiert wurde, sind die Massnahmen von UNP bis heute unzureichend und in den ländlichen Gebieten unwirksam. Die üblichen Schutzprogramme der UNP mit teuren bewaffneten Eskorten, Fahrzeugen und Schutzwesten entsprechen oft nicht den Bedürfnissen von Menschenrechtsaktivist\_innen. Er unterstreicht auch, dass die UNP oft nicht in der Lage sei, sich bewaffneten Gruppen zu widersetzen. Dazu wäre nur die Armee in der Lage (*Business & Human Rights Resource*

Center, März 2020). Laut OHCHR wurden im Jahr 2020 vier Menschenrechtsverteidiger\_innen in vier Provinzen getötet, obwohl sie Schutzmassnahmen erhalten hatten (OHCHR, 10. Februar 2021).

**Bewaffnete Gruppen, die nicht davor zurückschrecken, Schutzprogramme der UNP anzugreifen.** In einem Bericht vom Januar 2020 zur Sicherheitslage in der Provinz Arauca, wo Menschenrechtsverteidiger\_innen und Gemeinschaftsführer von ELN und einer Splittergruppe der FARC ins Ziel genommen werden, beschreibt HRW, dass viele Beamt\_innen und soziale Führer auf die eine oder andere Art Schutz von der UNP erhalten. Hierbei könne es sich um Schutzwesten, Handys, Fahrzeuge oder, in extremen Fällen, um Leibwächter handeln. Doch statt eine abschreckende Wirkung zu haben, führten diese Schutzprogramme dazu, dass die Personen erst ins Visier der bewaffneten Gruppen geraten. Laut HRW wurden zwischen August 2018 und Dezember 2019 mindestens sieben Fahrzeuge der UNP gestohlen, die meisten von ihnen von der Splittergruppe der FARC (HRW, Januar 2020).

#### 4.4 Schutzmassnahmen gegen Kindesentführungen

**Kriminelle Gruppen entführen häufig Personen zur Erpressung. Im Jahr 2018 wurden mindestens 174 Menschen entführt. Das kolumbianische Strafgesetz sieht hohe Gefängnisstrafen für Entführungen vor. Doch gibt es kein staatliches Alarmsystem für Kindesentführungen.** Laut der Online-Zeitung *Colombia reports* kommt es immer wieder zu Entführungen durch kriminelle Gruppen, um Geld zu erpressen, auch wenn die Zahlen stark zurückgegangen sind, seit die FARC im Jahr 2012 diese Taktik aufgegeben habe. Im Jahr 2018 wurden mindestens 174 Personen entführt. Es kam insbesondere zu Entführungen in Regionen, in denen die Polizei nicht in der Lage ist die öffentliche Sicherheit zu gewähren oder wo das organisierte Verbrechen und Strassengang in den Städten «Steuern», sogenannte «vacunas» eintreiben (*Colombia reports*, 20. Juli 2019). Das *International Centre for Missing & Exploited Children* (ICMEC), eine internationale NGO, die gegen die Ausbeutung und sexuellen Missbrauch von Minderjährigen kämpft, erklärt, dass das kolumbianische Strafgesetz aus dem Jahr 2000 zwei Arten der Entführung definiert und bestraft, die sich sowohl auf Erwachsene, als auch auf Kinder beziehen. Artikel 168 bestraft die einfache Entführung mit einer Gefängnisstrafe zwischen zwölf und 20 Jahren. Es sind Fälle, in denen eine Person die klare Absicht hat, jemanden mitzunehmen, zu entführen, festzuhalten oder zu verstecken. Artikel 169 bestraft erpresserische Entführung mit einer Freiheitsstrafe zwischen 20 und 28 Jahren. Hierbei geht es um Entführungen, bei der das Opfer zu einer Handlung oder Dienstleistung gezwungen wird oder öffentlich erpresst wird. Artikel 20 des Gesetzes 1098 aus dem Jahr 2006 legt fest, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, vor Entführungen geschützt zu werden. Ausserdem ist im Jahr 2000 mit dem Gesetz 589 ein dringender Suchmechanismus (MBU) geschaffen worden, der im Jahr 2005 durch das Gesetz 971 geregelt wurde. Damit können die Justizbehörden alle notwendigen Massnahmen anordnen, um eine Person zu finden, die aufgrund eines gewaltsamen Verschwindens vermisst wird. Es ist ein kostenloses Instrument für die Öffentlichkeit. Alle können die Aktivierung des MBU vor einem Richter oder Staatsanwalt beantragen. ICMEC stellt jedoch fest, dass es keinen Warnmechanismus gibt, weder in Form eines Frühwarnsystems noch in Form eines Fotoverteilungssystems, das speziell eingerichtet wurde, um die Öffentlichkeit über Fälle von vermissten Kindern zu informieren. Es gibt jedoch verschiedene kolumbianische Zeitungen, wie *El Tiempo* und *El Espectador*, die Fotos, Details und Hintergrundinformationen über aktuelle Fälle vermisster Kinder veröffentlichen (ICMEC, 24. Juli 2018).

## 5 Justizsystem und Zugang zur Justiz für Opfer von bewaffneten und kriminellen Gruppen

Trotz einiger Fortschritte sieht sich der Staat weiterhin ernsthaften Hindernissen bei der Identifizierung und Verfolgung von Hintermännern bei Morden an sozialen Führern und Menschenrechtsverteidiger\_innen gegenüber. Straflosigkeit bleibt die Regel. Laut ICG herrscht bei allen Parteien Kolumbiens Einigkeit darüber, dass die gerichtlichen Ermittlungen zu den Gewalttaten gegen soziale Führer unzureichend sind. Trotz Verbesserungen gehen die Drahtzieher dieser Verbrechen in der Regel straflos davonkommen (ICG, 6. Oktober 2020). Das OHCHR unterstreicht, dass die Regierung lobenswerte Anstrengungen unternommen habe, um die Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen zu untersuchen. Es seien insbesondere Fortschritte bei der Untersuchung von 47 Prozent der Fälle aus dem Jahr 2020 und 64 Prozent der Fälle aus den Jahren 2016 bis 2019 gemacht worden. Es sei zu 20 Verurteilungen von Personen gekommen, die Menschenrechtsverteidiger\_innen getötet hatten. 97 hätten im Dezember 2020 noch auf Urteil gewartet. Dennoch ist das OHCHR darüber besorgt, dass es weiterhin Schwierigkeiten bei der Identifizierung und Verfolgung der Drahtzieher dieser Morde gebe («geistige Urheber»). Es unterstreicht, dass die dahinterstehenden kriminellen Strukturen zerschlagen werden müssen (UNHCRH, 10. Februar 2021).

Zugang zur Justiz beschränkt, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo es sehr wenige Richter und Justizangestellte gibt. Laut OHCHR bleibt der Zugang zur Justiz schwierig, insbesondere in ländlichen Gebieten wie Amazonas, Antioquia, Arauca, Caquetá, Cauca, Chocó, Guaviare, Meta, Nariño und Norte de Santander, wo die Staatsanwaltschaft nur sehr beschränkt präsent sei. Der Zugang zur Justiz wird auch durch die geringe Anzahl von Kriminalpolizist\_innen, Verzögerungen bei der Bearbeitung von Beweismitteln und der übermässigen Arbeitsbelastung der Staatsanwälte stark eingeschränkt (UNHRC, 10 février 2021). Für HRW liegt eines der Hauptprobleme darin, dass es in den Regionen, in denen es zu Morden an Menschenrechtsverteidiger\_innen kommt, zu wenige Richter\_innen und Justizangestellte gibt. Während viele Ermittlungen durch die Staatsanwälte in Bogota Unterstützung erhalten, seien sie nach kolumbianischem Recht normalerweise verpflichtet, diese Fälle vor lokale Gerichte zu bringen. Doch gibt es dort nur wenige Gerichte. Ausserdem kommt es zu erheblichen Verzögerungen und Rückständen. Im Mai 2019 räumte Präsident Duque ein, dass die geringe Zahl an Justizangestellten ein Hindernis bei der Strafverfolgung von Morden an Menschenrechtsverteidiger\_innen ist. Ein weiteres grosses Problem ist laut HRW die begrenzte Anzahl an Staatsanwält\_innen und Ermittler\_innen, die mit der Untersuchung der Morde beauftragt sind. Während viele dieser Fälle von spezialisierten Staatsanwält\_innen in der Sonderermittlungseinheit bearbeitet werden (die sich nur mit bestimmten Straftaten beschäftigen), werden andere von Staatsanwält\_innen bearbeitet, die sich auch mit vielen anderen Straftaten beschäftigen. Einige von ihnen haben gesagt, dass ihre Arbeitslast überwältigend sei. Die Staatsanwält\_innen und Ermittler\_innen vertrauten HRW an, dass es für sie ebenfalls schwierig sei, rechtzeitig zum Tatort zu gelangen, um dort Beweise zu sichern, da viele der Morde in schwer zugänglichen abgelegenen Gegenden geschehen würden. Ausserdem komme noch das Sicherheitsrisiko aufgrund der Anwesenheit vieler bewaffneter Gruppen hinzu (HRW, Februar 2021).

## 6 Quellen

AI, 26. März 2020:

« **“Colombia is one of the world’s most lethal countries for human rights defenders and social leaders and, in the context of COVID-19, they now face even greater risks. Due to the restrictions imposed to contain the pandemic, state protection measures have been weakened, they can no longer keep moving from one location to another for their safety, and their attackers know that public security forces are focusing on issues related to the pandemic,”** said Erika Guevara-Rosas, Americas director at Amnesty International.

*“The Colombian authorities cannot let human rights defenders suffer attacks and threats. The state must maintain its protection schemes and must generate collective protection strategies for communities at risk, while implementing preventive measures to contain COVID-19.”*

**Amnesty International has received information that the protective measures offered by the National Protection Unit to at least two defenders have been reduced in recent days. In one case, due to a reduction on the number of his bodyguards, the defender has been forced into hiding for fear of being attacked by armed groups who have threatened him because of his human rights work. Another defender no longer benefits from nightly patrols, which could expose him to attacks.** » Quelle: Amnesty International (AI), Colombia: Measures against COVID-19 must not be an excuse for neglecting the protection of human rights defenders, 26. März 2020: [www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/colombia-medidas-contra-covid19-desatender-proteccion-personas-defensoras/](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/colombia-medidas-contra-covid19-desatender-proteccion-personas-defensoras/).

Business & Human Rights Resource Center, März 2020:

« *In 2011, Colombia established the **National Protection Unit (UNP, in Spanish)** - a mechanism to protect HRDs. **In recent years, the work of the unit has been overwhelmed by the increase in attacks and the high demand for protection. As the protection model prioritises highly expensive armed escorts and vehicles and body armour – measures which do not necessarily coincide with needs of HRDs – it is seen as untenable for the future.***

*Of great concern is the situation in rural areas, where Afro-descendant, indigenous and farming communities require more effective models of protection. **Pablo Elías González, director of the National Protection Unit, says: “The capacity of the Unit in terms of collective protection capacity is overwhelmed. We have many requests from indigenous, black and rural communities.” ...“Our offer is to individuals and, more than anything, to urban HRDs. At the rural level, we have a lot of weakness vis-à-vis armed actors. It is obvious that the only one who can confront them is the Army; we do not have that capacity.”** [...]*

*But the response to date has been insufficient. Specific actions in rural areas and for land, territory and environmental HRDs have not been effective, and the risk continues to be too high for them. The Office of the Ombudsman has pointed out that the proliferation of norms has not resulted in higher levels of commitment from the authorities, and, on the contrary, disperses the responsibilities of the state to protect the fundamental rights of community leaders and HRDs.»* Quelle: Business & human rights resource center, Defenders in Colombia, März 2020: S.5, 7: [https://media.business-humanrights.org/media/documents/files/Business\\_Human\\_Rights\\_Defenders\\_in\\_Colombia.pdf](https://media.business-humanrights.org/media/documents/files/Business_Human_Rights_Defenders_in_Colombia.pdf).

CGRS, 13. November 2019:

« Cali is de hoofdstad van het departement Valle de Cauca. De stad telt 21 comunas of gemeentes. Andrés Villamizar, veiligheidssecretaris van Cali, stelt dat zo goed als alle nationale problemen aanwezig zijn in de stad. **Uit onderzoek van het ministerie van Veiligheid van Cali en het UNODC blijkt dat er een hoge aanwezigheid van illegale gewassen is in de gemeentes in de nabijheid van de hoofdstad. Dit maakt de stad interessant voor verschillende illegale groepen. Onder meer het José María Becerra front van de ELN, de FARC-EP, de EPL of Los Pelusos en verschillende georganiseerde gewapende groepen zoals de AGC zijn aanwezig in de stad. Vanuit Cali opereren criminele structuren die tentakels hebben in andere regio's van het land. Bovendien hebben zowel de stad Cali als het departement Valle del Cauca te kampen met een groot aantal IDP's, algemene onveiligheid, afpersing en smokkelpraktijken.**

**Een recent auditrapport van UNODC stelt dat er 182 groepen gelinkt aan illegale en criminele structuren met verschillende niveaus van organisatie aanwezig zijn in de stad, schrijft El Espectador. De studie geeft ook aan dat het mogelijk is om deze illegale groepen te lokaliseren. 119 bendes die voornamelijk gewijd zijn aan diefstal en distributie van drugs bevinden zich in zes gemeenten/wijken van de stad Cali. Vijf wijken bevinden zich in het oosten van de stad, namelijk Desepaz (comuna 21), La Unión (comuna 16), El Vallado (comuna 15), Alfonso Bonilla (comuna 14) en Poblado (comuna 13) – samen vormen deze comunas de regio Aguablanca -, en één in het westen, de 20e comuna of Siloe.**

**Het aantal moorden is de laatste vijf jaar aan het dalen in Cali. Desondanks kent de stad het hoogste percentage van moorden in Colombia, 51 per 100.000 inwoners in 2017 en 46,7 moorden per 100.000 inwoners in 2018. Hoewel Cali praktisch een dubbel percentage haalt vergeleken met het nationale gemiddelde (25), zijn deze cijfers de laagste van deze eeuw. Dit is volgens Insight Crime te wijten aan de aanwezigheid van huurmoordenaars op zoek naar werk en de proliferatie van criminele bendes die vechten over de controle van de lokale drugsmarkt. De strategische locatie van de stad wordt tevens aangehaald als oorzaak voor het hoge moordpercentage. Zo ligt Cali op een internationale smokkelroute, dichtbij de haven van Buenaventura die instaat voor de meerderheid van de drugsexport, en zijn de twee departementen rond de stad goed voor 40 procent van de cocateelt in het land. De meeste moorden vinden plaats in de regio Aguablanca, een aantal verarmde en verwaarloosde districten in het oosten van de stad. Straatcriminaliteit blijft evenwel de meest voorkomende vorm van misdaad en treft ook het meeste mensen. Gewapende overvallen zijn in 2017 gestegen in heel Colombia, maar de stijging was het hoogst in Cali.**

**Insight Crime merkt verder op dat het beperkte aantal politiemensen in de stad, ongeveer 6.000 officieren voor 2,5 miljoen inwoners een extra uitdaging vormt voor het stadsbestuur. Volgens America Nuestra hebben de autoriteiten de afgelopen jaren een aanzienlijke vermindering van geweld en criminaliteit gerealiseerd dankzij preventieprogramma's en stedelijke resocialisatieprogramma's. » Quelle: Office of the Commissioner General for Refugees and Stateless Persons (CGRS-CEDOCA), COI unit: Colombia - Veiligheidssituatie, 13. November 2019, S.43-45: [www.ecoi.net/en/file/local/2020335/coi\\_focus\\_veiligheidssituatie\\_colombia\\_20191113.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/2020335/coi_focus_veiligheidssituatie_colombia_20191113.pdf).**

City Papers Bogota, 21. Mai 2020:

« [...] **Since the start of this year, 100 social leaders have been killed by paramilitaries, FARC dissidents, ELN guerrilla and other criminal groups protecting lucrative drug routes. Among the departments most affected are Cauca, Antioquia, Norte de Santander, Valle del Cauca, Nariño, Córdoba and Magdalena. [...]**

**According to the UN High Commissioner for Human Rights, Colombia's "confinement measures have become an opportunity to kill and threaten indigenous people, social leaders and farmers, and seize territory of illicit economies."** The international organization references the precarious situation of public order in Cauca where 13 civic leaders have been killed so far in 2020, among them, Hugo de Jesús Giraldo on April 22 as lockdown completed a first month.

That same weekend, two other social leaders, Mario Chilhueso and Teodomiro Sotelo Anacona, were also killed in Santiago de Quilichao. **"The COVID-19 pandemic and restrictions imposed by the government and by communities themselves to avoid the spread of the virus seem to have aggravated an already violent and volatile situation,"** states UN spokesperson Robert Colville. **"Armed groups as well as criminal groups appear to be taking advantage of the fact that most of the people are in lockdown to expand their presence and control over the territory,"** he said. [...]

**A 70-year old sociology professor – Jorge Enrique Oramas – is the latest victim to be silenced during quarantine. The respected environmentalist from Universidad del Valle was killed on May 16 at his farm near Cali for defending conservation efforts against illegal mining inside the national park PNN Los Farallones.**

Oramas was also an advocate of organic farming and seed protection. Cali's Municipal Councilor Terry Hurtado has called on the Attorney General's Office and National Police for swift prosecution of Oramas' murder given that with quarantine public officials are focusing their efforts on the National Health Emergency. As the 25th social leader to be assassinated since March 20 when Preventive Obligatory Isolation was decreed, Oramas' death cannot become another statistic in a long list of impunity with – or without – the scourge of coronavirus. »  
Quelle: The City Paper, Quarantine marred by killings of Colombia's social and environmental leaders, 21. Mai 2020: <https://thecitypaperbogota.com/news/quarantine-marred-by-killings-of-colombias-social-and-environmental-leaders/25121>.

Colombia reports, 20. Juli 2019:

« [...] **Criminals have been kidnapping victims for extortion purposes since before recent memory. The practice spiked in the 1980s, however, when guerrilla groups like FARC, ELN, M-19, EPL and ERP began using the ransom payments to finance their revolt against the state.**

**The FARC, the largest of the groups, kidnapped for several reasons; civilians were held hostage in jungle camps for money, members of the political and economical elites were kidnapped for political leverage, and soldiers were massively held hostage as "prisoners of war."**

**At the moment, kidnapping is at the level where it was before the guerrillas took up the practice, but continues to be used for extortion purposes by small organized crime groups.**

**At least 174 people were kidnapped in 2018, not even a fraction of the 3,600 victims of kidnapping made in the year 2000, when Colombia's armed conflict was at its most violent point.**

[...]

*The extortion boom*

**Particularly in areas where police are unable to guarantee public security, guerrillas, organized crime groups, and urban gangs collect taxes, or “vacunas.”**

**Extortion boomed in 2012, coincidentally the year that the FARC renounced kidnapping. The demobilization of the guerrilla group in 2017 failed to result in a drop in reported extortion cases.**

**Corruption and notorious neglect by Colombia’s security forces allow all kinds of groups and people to charge protection payments in areas where police rarely come.**

**Extortion in 2017 was most common in areas that traditionally suffer state neglect and were previously under control of the FARC guerrilla group.** » Quelle: Colombia reports, Kidnapping and extortion, 20. Juli 2019: <https://colombiareports.com/colombia-kidnapping-and-extortion-statistics/>.

CPJ, 2. April 2020:

*« In response to the Colombian National Protection Unit’s announcement that it would be suspending the country’s Risk Assessment and Protection Measures Recommendation Committee, which grants protective measures to journalists, in light of the COVID-19 pandemic, the Committee to Protect Journalists issued the following statement:*

**“While we understand that the Colombian response to the coronavirus pandemic has made in-person meetings impossible, there is no reason the National Protection Unit cannot find a remote solution that will allow the committee to continue working,” said CPJ Central and South America Program Coordinator Natalie Southwick. “At a moment of increasing deadly violence against human rights defenders and journalists across Colombia, the state cannot use the coronavirus as an excuse to abandon its responsibility to protect its most at-risk citizens.”**

**The committee suspended meetings to conduct risk assessments and respond to requests for protective measures on March 19, and announced the decision on March 31, according to a report by the Bogotá-based Foundation for Press Freedom (FLIP). The committee said it plans to resume meeting once there are “conditions necessary” for relevant officials to participate, according to that report.**

*The National Protection Unit, founded in 2011, guards hundreds of people under threat, including union leaders, human rights activists, politicians, and journalists, according to CPJ research.* » Quelle: Committee to protect journalist (CPJ), Colombian protection unit suspends risk assessments ‘indefinitely’ due to coronavirus, 2. April 2020: <https://cpj.org/2020/04/colombia-suspends-journalist-protection-program-ov/>.

Fiscalia General de la Nacion, 11. März 2021:

**« [...] Thanks to a joint work between the CTI of the Office of the Attorney General and the National Police, a prosecutor in Cali (Valle del Cauca) and a lawyer were arrested. They allegedly agreed with other judicial officers to slow down and avoid the progress of a criminal proceeding for homicide and kidnapping.**



**The prosecutor, apparently, received 100 million pesos from the person interested in slowing down an investigation against him.**

**The illegal acts took place between December 2019 and January 2020.**

*A prosecutor will bring the two detainees before a judge and will charge them with bribery in a criminal proceeding.*

*The Attorney General, in the company of the Deputy Attorney General, referred to these events in Cali: "This head-on fight against corruption, both outside the institution and within the institution, is a transversal axis of our action. We are not going to allow officials that work in the Attorney General's Office to dishonor the institution".*

*The Office of the Attorney General makes this information public for reasons of general interest. » Quelle: Fiscalía General de la Nación, A prosecutor and a lawyer in Cali who allegedly illegally interfered to slow down a criminal proceeding for homicide and kidnapping were arrested, 11. März 2021: [www.fiscalia.gov.co/colombia/en/2021/03/11/a-prosecutor-and-a-lawyer-in-cali-who-allegedly-illegally-interfered-to-slow-down-a-criminal-proceeding-for-homicide-and-kidnapping-were-arrested/](http://www.fiscalia.gov.co/colombia/en/2021/03/11/a-prosecutor-and-a-lawyer-in-cali-who-allegedly-illegally-interfered-to-slow-down-a-criminal-proceeding-for-homicide-and-kidnapping-were-arrested/).*

HRW, Februar 2021:

**« Since 2016, the National Protection Unit has significantly increased the number of protection schemes granted to people it considers human rights defenders. (The unit is also in charge of providing protection to government authorities.) In 2020, the unit received over 31,000 requests for such schemes, including over 11,000 for people whom the unit considers human rights defenders. The unit granted and implemented approximately 1,600 such measures, although it is unclear how many people benefited from them. In 2019, 1,900 human rights defenders received protection schemes out of 13,000 who requested them; the remaining requests were denied. Measures included granting cell-phones, "panic buttons," bullet-proof vests and, in extreme cases, bodyguards and armored cars.**

**The National Protection Unit faces significant budgetary constraints. In 2019, its budget amounted to COP 688.747.241. (roughly US\$209 million), of which roughly half was used to protect government authorities. The unit spent COP 200 billion (roughly US\$61 million) more than its original budget for that year, using funds assigned to its 2020 budget. In 2020, the unit's budget increased to COP 939.365.926.632 (roughly US\$ 274 million), but it spent at least COP 1.094.449.822.495 (roughly US\$ 320 million). The unit's schemes help protect rights defenders at risk, yet the overwhelming majority of rights defenders killed since 2016 did not have protection schemes. In 2019, only 6 of the 108 rights defenders killed had been granted protection schemes, including 3 who were using a scheme when killed. According to OHCHR, 4 of the 53 rights defenders killed between January and December 2020 had been granted protection schemes; of those, 3 were not using their entire scheme when they were killed.**

**Part of the problem is that schemes are only provided in response to specific risks, including threats, but many of the rights defenders who have been killed had not filed**

**criminal complaints about threats. To provide a protection scheme, the National Protection Unit requires that people file a criminal complaint about a threat with the Attorney General's Office, and then provide a copy of the complaint to the unit. However, many human rights defenders face significant obstacles in filing complaints with the Attorney General's Office, including the absence of prosecutors' offices in their municipalities where they could file the complaint. So they report threats to other authorities, such as municipal human rights offices, known as personerías, or the Human Rights Ombudsman's Office. [...]**

**Many human rights defenders are also concerned that the security schemes, particularly bodyguards, vehicles or vests, draw attention and expose them to greater dangers. This makes some who have left their communities unwilling to return, even with protection schemes. Indeed, some abandon protective gear they have received elsewhere before returning home. For example, in October 2017, José Jair Cortés, a community leader in Tumaco, was killed in the rural area of Alto Mira y Frontera. The National Protection Unit had granted him a bulletproof vest, but on the day of the killing, he was not wearing it, apparently because he thought doing so would draw attention to himself and expose him to greater danger. [...]**

**The National Protection Unit also has insufficient staff. Between July 2019 and December 2020, the unit reported it had increased from 166 to 206 the number of officials charged with analyzing risks faced by people requesting protection schemes. However, at times, officials conduct their analyses by phone, instead of visiting the community of the person requesting protection.**

**Delays in granting security schemes have undermined protection. Under Colombian law, the National Protection Unit has 30 days to assess the risk of a person who requires protection. However, in December 2020, the National Protection Unit told Human Rights Watch that, in May 2020, such risk analyses were carried out "on average 160 days after the legal deadline;" and in December, on average 101 days after the legal deadline. In a few cases, human rights defenders have been killed while waiting for the unit to grant or implement protection schemes. [...]**

**Since 2019, the National Protection Unit has been conducting a "reengineering process," with support from USAID. The process seeks to speed up the response to protection requests, as well as to "coordinate the response with other prevention strategies" implemented by Colombian authorities. In December 2020, the National Protection Unit told Human Rights Watch that, as part of the "reengineering process," it had developed five "handbooks," concerning internal indicators, risk assessment, and a comprehensive service policy. The unit also said it had decreased the backlog of pending requests for security schemes, though it admitted having approximately 1,500 protection requests whose deadlines had been passed. [...]**

**Colombian authorities have in recent years made efforts to prosecute killings of human rights defenders, achieving significant progress compared to previous periods in Colombian history. However, many investigations face significant hurdles, and convictions, particularly of the "intellectual authors" who ordered or approved such crimes, have been limited. [...]**

**Efforts to ensure accountability for killings of human rights defenders have been marred by multiple shortcomings and face numerous challenges. A key problem is the limited number of judges and judicial staff in areas where killings of human rights defenders take place. While many investigations are supported by prosecutors in Bogotá, prosecutors are generally required under Colombian law to bring such cases before local courts. However, they are few in number and troubled by significant delays and backlogs. [...]**

**In May 2019, President Duque acknowledged that the limited number of judicial staff was an obstacle to achieving accountability for killings of human rights defenders. He announced the creation of a “special team” of judges in charge of trying such cases. But, as of December 2020, the special team had yet to be created. In March 2020, the Ministry of the Interior told Human Rights Watch that it had designed, with the Council of the Judiciary, a “proposal” for establishing 19 courts in various parts of the country. In December 2020, the Ministry of the Interior told Human Rights Watch that the Ministry of Economy had approved a budget for 2021 that “will guarantee the creation and permanent operation” of 13 such courts, and that they expected to create six others in 2022. But the Superior Council of the Judiciary told Human Rights Watch that the budget would be used to create 11 courts, of which only six would “prioritize” killings of human rights defenders. These six courts, which had yet to be created as of December 2020, are expected to have between three and five officials each and would be located in mostly mid-sized cities: Cúcuta (North Santander state), Buenaventura (Valle del Cauca), Medellín (Antioquia), Montería (Córdoba), Popayán (Cauca), and Quibdó (Chocó).**

*The new criminal courts will be charged with trying cases. Yet the limited number of judges charged with overseeing earlier stages of the criminal process (known as “supervisory judges”) in many areas of Colombia also creates important delays in cases of homicide of human rights defenders.*

*The limited number of prosecutors and investigators charged with investigating killings of human rights defenders is another significant hurdle. While many of these cases are handled by specialized prosecutors within the Special Investigation Unit (who only handle a limited number of crimes), some others are handled by prosecutors who also handle many other crimes. Some of them said they face an overwhelming caseload. For example, one told Human Rights Watch he had a total of 1,200 cases covering a range of crimes. He was “prioritizing among the already prioritized cases,” he said. [...]*

**A big challenge for prosecutors and investigators is arriving at the scene of a crime in time to protect the evidence, several told Human Rights Watch. Many killings occur in remote areas far from the nearest prosecutor’s office. Prosecutors face serious security risks in many areas. Often, they receive support from the Army, but some communities have asked soldiers to stay away, fearing that armed groups will accuse them of calling the army and attack them in retaliation. In addition, prosecutors, investigators, and other judicial authorities told Human Rights Watch that soldiers assigned to aid investigators often lack adequate training for the task, and they tell judicial authorities that they cannot ensure investigators’ safety.**

**Delays in arriving at a crime scene often result in funeral establishments or community members removing corpses without following standard procedures for investigation. Armed groups’ intimidation of communities further impedes investigations. Witnesses often will not provide information, for fear of being killed or forced to leave their land, should**

*armed groups learn that they have testified. Some do not trust police or prosecutors either, fearing they may leak information to armed groups or fail to make progress in investigations.*

*Local prosecutors, CTI investigators and staff of the Institute of Legal Medicine, which provides forensic support to criminal investigators, sometimes lack technical capacity to analyze forensic evidence on the killings, and this has marred investigations. “We don’t have technical means to process evidence,” an investigator in charge of cases of homicide of human rights defenders said. “We have to ask Legal Medicine for support, but sometimes it takes them months to respond. All that impacts the investigation.” » Quelle: Human Rights Watch (HRW), Left undefended: Killings of Rights Defenders in Colombia’s Remote Communities, Februar 2021, S.72-80, 116-122: [www.hrw.org/sites/default/files/media\\_2021/02/colombia0221\\_web\\_0.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/media_2021/02/colombia0221_web_0.pdf).*

HRW, Januar 2020:

**« Community leaders and human rights defenders have been targets of both the ELN and the FARC dissident group in Arauca.**

***Many officials and community leaders have some sort of protection scheme provided by Colombia’s National Protection Unit (Unidad Nacional de Protección, UNP). These can include bulletproof vests, cellphones, vehicles, and, in extreme cases, bodyguards. In Arauca, the protection schemes themselves have been targeted by armed groups. Between August 2018 and December 2019, armed groups stole at least seven vehicles belonging to the UNP. The FARC dissident group was allegedly responsible in most cases. In August, young men claiming to be members of the FARC dissident group arrived at an activist’s house, and at gunpoint stole the UNP car he shared with 14 other members of a local organization.***

***The UNP has only one official in Arauca, so UNP officials must travel from Bogotá or other cities to assess the risk faced by people in Arauca. This generates delays and makes it harder to carry out a thorough analysis because they are less knowledgeable about the situation in Arauca, a government official told Human Rights Watch. When UNP staff are in Arauca they do not have protection, or even a car, so most risk analyses are carried out in urban areas. They also lack sufficient funds to implement security schemes in cases of emergency.*** » Source: Human Rights Watch (HRW), “The Guerrillas Are the Police”: Social Control and Abuses by Armed Groups in Colombia’s Arauca Province and Venezuela’s Apure State, 22 janvier 2020, p.3-5, 43-44: [www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/colombia0120\\_web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/colombia0120_web.pdf).

ICMEC, 24 juillet 2018:

**« The Penal Code of 2000 defines and criminalizes two types of kidnapping, both of which apply to both adult and child victims. Article 168 defines simple kidnapping as a scenario in which one who has distinct intentions of snatching, kidnapping, retaining, or hiding a person. Such a crime will result in 12 to 20 years imprisonment. Alternatively, Article 169 defines extortive kidnapping as a scenario in which one who kidnaps a person with the purpose of demanding an act or service of the victim, or with the purpose of publicized extortion of the victim. Such a crime will result in 20 to 28 years imprisonment. Article**

**20 of Law 1098 of 2006 also specifically states that children and teenagers have the right to be protected against kidnapping.**

**Between 2007 and 2011, 212 children were kidnapped. During that period, 131 cases were simple kidnappings, while 81 cases were kidnappings for extortion. 59 children were between 11 and 15 years old, while 44 victims were between 6 and 10 years old. [...]**

**There does not appear to be a clear reporting mechanism or phone line to report missing children cases generally. Law 1531 of 2012, however, provides the procedure for declaring a person missing due to enforced disappearance or other forms of involuntary disappearance. [...]**

*Alert Mechanism*

**The Urgent Search Mechanism (MBU), created by Law 589 of 2000 and regulated by Law 971 of 2005, provides judicial authorities with the mechanism needed to immediately order all necessary proceedings to locate a person missing due to forced disappearance. It is a free tool for the public and anyone can request the activation of the MBU before a judge or prosecutor, and there is no need to wait for a specific time to request the activation.**

**There is no alert mechanism, either in the form of a rapid emergency alert system or a photographic distribution system, specifically in place to notify the public of missing children cases. While there is no official state-sponsored photo distribution system to publicize missing children cases, various Colombian newspapers, including *El Tiempo* and *El Espectador* share photographs, details, and background information regarding recent missing children cases. The Colombian Institute of Family Welfare also airs a long-standing public television program that broadcasts photos and basic information of children who have been found but not yet reunited with their families. The slogan of the television campaign is “¿Me conoces?” or “Do you know me?” While this program aims to reunite families with missing children, it does not specifically locate missing children. Additionally, under Law 1336 of 2009, the Comisión Nacional de Televisión (CNTV) reserves weekly time for the disclosure of cases of missing or abducted children.**

» Source: International Centre for Missing & Exploited Children (ICMEC), Global Missing Children Research Initiative, Colombia, 24 juillet 2018, p.5-10: [www.icmec.org/wp-content/uploads/2018/12/Missing-Children\\_Colombia\\_24-July-2018-FINAL.pdf](http://www.icmec.org/wp-content/uploads/2018/12/Missing-Children_Colombia_24-July-2018-FINAL.pdf).

InSight Crime, 2020:

**« A murky investigation into the assassination of a leading prosecutor in Cali puts at risk the country’s ability to protect the lawyers and judges investigating organized crime — who have long been paralyzed by threats and targeted killings.**

**Alcibiades Libreros Varela, Cali’s chief organized crime prosecutor, was shot dead in broad daylight on the afternoon of December 29, 2019 in the Limonar neighborhood of Cali. Local security camera footage, made public by Noticias Caracol, shows a man running up to Libreros’ vehicle while it waits at a stoplight, firing two shots through the passenger side window, and then fleeing the scene on the back of a motorcycle.**

A day after the shooting, Security Minister Andrés Villamizar said that **the initial line of investigation into Libberos' killing focused on the prosecutor's work to dismantle organized criminal structures in Valle del Cauca.**

But after the January 7 arrest of five men, four of whom later confessed to participating in the shooting, **the Attorney General's Office said the killing was a robbery gone wrong by a gang of jewelry thieves who had committed several similar robberies in the city.**

In addition to cell phone interceptions, investigators used videos from security cameras in a bakery near his house to identify those responsible and piece together the events leading up to the prosecutor's death. Police and prosecutors said the men were after what appeared to them to be a gold chain around the prosecutor's neck. The victim's family says it was actually just made of steel.

**Libberos' wife, Nina Gallardo, is not convinced it was a robbery. In an interview with InSight Crime, she shared her doubts about the investigation. According to Gallardo, the perpetrators were either specifically contracted for this attack and part of a gang based in a sector of Cali that is controlled by a larger mafia. Such criminal federations are common in Colombia's cities, such as Medellín.**

According to an *El Espectador* report, two of the prosecutor's former colleagues, who remained nameless but reportedly have years of experience tracking the leaders of irregular armed groups, also argue that Libberos' death was not a robbery.

Gallardo confirmed that, while the initial case is closed, a new investigation is looking into whether there is an intellectual author behind Libberos' death, but she told *InSight Crime* the Attorney General's Office has not provided the family with any updates.

**Libberos' security detail was removed several years ago following budget cuts, his wife said. The Attorney General's Office later repeatedly denied his requests for additional security. A 2017 letter from the Attorney General's Office shown to InSight Crime said that his situation did not "meet the required criteria" for him to be part of the Protection and Assistance Program. The letter went on to provide suggestions for how he might protect himself, including keeping car doors locked and the windows rolled up. It was the last time he asked for protection, his wife said.**

"For 17 years he gave everything to the institution... he practically gave his life for the institution," Gallardo said, expressing her hope that justice is served in her husband's case.

**Libberos served as the head of the national directorate specializing in taking down Colombia's organized criminal structures during a period when the agency took on several high-profile cases, including the arrest of William Herrera López, alias W, the nephew of former Cali Cartel boss Pacho Herrera; the "oficinas de cobro," collection offices consisting of networks of hitmen; and Los Rastrojos.**

Additionally, Gallardo corroborated information initially reported by the newspaper *El País* that the prosecutor frequently collaborated with the US Drug Enforcement Administration (DEA).

*InSight Crime Analysis*

*The fact that one of Colombia's top prosecutors could be gunned down in broad daylight raises real concerns about the safety of officials **targeting organized crime, and what it means for the country's judicial system. It also raises questions about why security details are denied to officials who fear their lives are in danger, particularly considering the country's history of using hitmen and intimidation tactics to paralyze prosecutors and judges.***

***Libreros was not the only judicial official targeted in the city in 2019. In February, a hitman shot Cali's district judge, who survived the attempt on his life. In this instance, a man was arrested four months later, and the Attorney General's Office determined that he had been hired to kill the judge and had contracted two more men to help carry out the attack. There has been no word on who ordered the killing.***

*The concern extends beyond Cali. Libreros's murder, and the investigation that has followed, reflect a statement made by Cali's security secretary, Andrés Villamizar, in September. "The city is to some degree a microcosm of the whole country. Practically all of the insecurity problems and phenomena Colombia faces are concentrated here," he was quoted as saying by *El Espectador*.*

***Meanwhile, the administration of President Iván Duque has sought to further reduce government spending on security details for officials.***

*Libreros' death may have a broader chilling effect. "In regards to the criminal underworld in Cali...it sends a message to authorities or to the individual that will take up the investigations that Libreros was working on," a former police investigator specializing on organized crime in Cali, and who has knowledge of the Libreros case, told *InSight Crime*.*

*He added that authorities may be wary of going after the true perpetrators, even if they know who they are. The authorities "make a huge splash in the news, but in reality they capture very low-ranked individuals ... they do not touch the true leaders."*

***This sentiment was echoed by Libreros' former colleagues, who went further in criticizing the investigation, reportedly pointing to years of mafia influences permeating local authority structures.***

*The former police investigator who spoke with *InSight Crime* said that unless those arrested speak out, "it is likely that the case will stop here." He added that "it is unlikely that they reach the true intellectual author of the crime."*

*The Attorney General's Office's conduct going forward will say much about the Colombian government's willingness to hold accountable the mafias that threaten to undermine justice. » Source: *InSight Crime*, After Prosecutor's Murder, Will Colombia Protect Its Anti-Crime Crusaders?, 6 février 2020: <https://insightcrime.org/news/brief/colombia-protect-crime-crusaders/>.*

ICG, 6 octobre 2020 :

*« The current approach to preventing violence is split between responding to specific threats and improving general security conditions. **Local authorities are legally the first responders to threats against social leaders. Governors or mayors are required to provide emer-***

**agency protection to threatened individuals and their families, such as alternative temporary lodging. In practice, such responses are rarely possible. Local officials lack resources and may be subject to the same threats and intimidation – from armed groups or powerful economic interests – as the leaders they are charged with protecting. One common initial reaction to reported threats is for police officers to conduct regular patrols around a leader’s home, until their case can be evaluated for more permanent protection. While patrols are intended to deter, numerous social leaders report that they can result in the leader being seen as an informant, causing an additional risk of retaliation. Police patrols also expose and call attention to the threatened person’s location.**

**Local responses should trigger support from national authorities, namely the interior ministry and the Plan for Opportune Action’s coordination committee. Some attendees nevertheless say the committee meetings offer little concrete follow-up. Triggering a high-level response can take weeks or months, if it happens at all. Leaders note that filing police reports (denuncias) is a time-consuming activity that often requires shuttling from office to office. Denouncing threats can also be a danger in and of itself, as watchful armed groups or other assailants can retaliate against the victim for speaking out. In some cases, leaders believe that members of the security forces are involved in threats against them, making police reports particularly hazardous. Women also face greater obstacles to reporting sexual violence, which is often invisible or misunderstood by authorities. As a female social leader said:**

*In order to denounce [a threat], a woman has to first overcome her fear, second make the decision to denounce, and third find and successfully get access to justice mechanisms so that they file a report.*

**In addition, the government is meant to respond to generalised risks reported to them through the Ombudsman’s early warning system. More than 90 per cent of alerts since 2017 have included specific references to threatened social leaders. The interior ministry is meant to coordinate a response each time the Ombudsman issues an alert. Ministry officials, however, say personnel are overstretched and unable to follow up with the large quantity of active commitments.**

#### *Protection Schemes for Social Leaders*

**Protection schemes – including everything from bulletproof jackets to armoured cars and bodyguards – were initially intended as the last resort for the most endangered leaders. But as the number of threatened figures has continued to rise, and authorities have been unable to investigate threats quickly enough to thwart them, the government has deployed thousands of these measures. As of May 2020, 4,966 social leaders had state-provided security, representing 69 per cent of all people provided with such schemes in Colombia. This infrastructure works in many settings, particularly urban areas, though it may create some new risks and is far from foolproof. Some leaders with protection appreciate the buffer against attacks but still worry that it places a target on their backs. As one indigenous leader suggested: “Any car from the [government protection agency] is now a military objective [for armed groups]”.**

**The National Protection Unit is responsible for assigning and managing protection schemes, spending much of its \$250 million budget protecting social leaders. Police,**



**local authorities, the state Ombudsman or the UN can recommend cases to the unit, which evaluates their merit. Risk studies often take months and risk analysts rarely recommend urgent interim protection. Each completed risk analysis is brought before a weekly meeting of the Committee for Evaluation of Risk and Recommendations for Collective Measures which determines if and what protection should be provided in as many as 350 cases per week. Security schemes vary enormously, from a mobile phone or self-protection course to a panic button and a bulletproof jacket. More at-risk leaders might be relocated within their region and given one or more bodyguards, while the most imperilled are moved into town with armoured cars, a fuel allowance and a basic income.**

**While details of security schemes are kept confidential, officials familiar with the system suggest that a significant proportion of leaders under protection are asked to relocate. In those instances, safeguarding a social leader can undermine that community's interests. To avoid having to abandon their homes and the causes they advocate, many social leaders have refrained from requesting security, instead creating their own informal co-ordination networks and community early warning systems.**

The interior ministry also assigned collective protection to 34 groups in 2019, through schemes that largely mirrored individual protection provisions – for example, giving a civil society organisation an armoured car or self-protection training for its staff. Communities that are not registered as NGOs report particular challenges in meeting the conditions to qualify for protection, such as providing original copies of police reports documenting past threats to the group. The protection unit is involved in reforms aimed at ensuring that it allocates more collective protection schemes.

#### *D. Judicial Investigations*

**There is agreement across Colombia's political spectrum that judicial probes into violence against social leaders are falling short. Despite improvements, impunity is the rule for those who orchestrate these crimes. By late 2019, the Attorney General's Office said it had established the assailant's identity in 55 per cent of cases against human rights defenders. Compared to the equivalent statistic for all national homicides – roughly 28 per cent – this identification rate points to substantial progress. Even so, few of those cases have led to convictions, and even fewer to sentences for the masterminds rather than just the individuals who pulled the trigger on another's orders.**

**The Attorney General's Office acknowledges the challenges it faces and is working to improve its ability to pin down the individuals who order the killings.** A special investigative unit for human rights defenders, now staffed with more than 100 people, has sought to bring its work up to international standards with EU support. It has created rapid response units that can deploy to remote crime scenes from Bogotá, and investigators are increasingly deployed to the field permanently. The special unit coordinates with prosecutors working on organised crime, enabling investigators to connect attacks upon human rights defenders or other citizens. The unit has launched eleven investigations aimed at linking cases to particular armed groups in a single municipality or region. Three serial perpetrators of violence against social leaders and six alleged Gaitanistas involved in assassinations were arrested in the first six months of 2020.

Coordination between local and national investigators is not always fluid, however, and communities and independent observers note that **armed groups have been able to infiltrate some local prosecutors' offices. A high caseload limits what is possible: "The capacity of prosecutors cannot match the speed of homicides in this country".**

**Cases that advance to judicial hearings face additional challenges. Investigators say witnesses who were willing to speak with prosecutors may be scared to do so in court as there is often little protection from reprisal. Judges in high-conflict regions are overburdened and public defenders are in short supply to represent the accused.** » Source: International Crisis Group (ICG), Leaders under Fire: Defending Colombia's Front Line of Peace, 6 octobre 2020, p.29-32 : <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/082-colombia-leaders-under-fire.pdf>.

UNHCR, septembre 2015:

« Where the agents of persecution are non-State agents, consideration must be given to whether the persecutor is likely to pursue the claimant in the proposed area of relocation. Given the purported ability of some NAGs and guerrilla groups to operate country-wide, and indeed internationally as part of international criminal networks, a viable IFA/IRA may not be available to individuals at risk of being targeted by such actors.

It is particularly important to note the operational capacity of NAGs and the FARC, in particular, to carry out attacks in all parts of Colombia, irrespective of territorial control. Further, in relation to individuals fleeing persecution at the hands of non-State agents, an internal flight alternative may not be relevant in areas under State control when State authorities tolerate or condone acts of persecution, including corruption, perpetrated by NAGs or guerrilla groups. Further consideration should be given to: (i) the presence of illegal checkpoints throughout the country and the possibility that individuals attempting to relocate may be identified and targeted at such checkpoints by armed groups; (ii) the reach and ability of armed group networks to trace and target individuals, both in rural areas and in urban centres, including in cities such as Bogotá, Cali, and Medellín; and (iii) the profile of the asylum-seeker and the existence of any reasonable grounds to believe that he or she will be traced and targeted. » Source: UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum from Colombia, septembre 2015, p.53: [www.ecoi.net/en/file/loc-cal/1244469/1930\\_1442927397\\_560011fc4.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/loc/cal/1244469/1930_1442927397_560011fc4.pdf).

UN HRC, 10 février 2021:

« 5. **Colombia continued to face endemic violence**, despite a reduction of the national homicide rate from 25 to 23.7 per 100,000 persons from 2019 to 2020. **In various parts of Colombia, there has been an intensification of violence and increased territorial and social control by non-state armed groups and criminal groups.** The National Liberation Army (ELN) responded to the call by the United Nations Secretary-General of 23 March for a global ceasefire, but only for one month. **The homicide rates for every 100,000 inhabitants reported by the National Police are particularly alarming in the departments of Cauca (53.71), Chocó (54.31), Putumayo (42.8) and Valle de Cauca (45.17).**

6. **The lack of a comprehensive State presence in these parts of the country limits the State's capacity to comply with its duty to protect the population, including the right to**

life, economic, social and cultural rights, access to justice and participation. **OHCHR observed that an increased number of massacres and human rights violations against human rights defenders primarily occurred in municipalities with high levels of multidimensional poverty, where illicit economies that fuel endemic violence flourish. [...]**

**9. In 2020, OHCHR documented 76 massacres, involving 292 deaths, including 23 women, six girls, 18 boys, seven indigenous people and 10 Afro-descendants. Five additional cases are still in the process of being documented. In 66 per cent of the cases, the alleged perpetrators were criminal groups. The number of massacres has grown constantly since 2018, with 2020 recording the highest number since 2014. The departments most affected were Antioquia, Cauca, Nariño and Norte de Santander, with 62 per cent of the incidents. The Government informed OHCHR that it had established a special unit to coordinate the State response to these cases. [...]**

12. OHCHR is concerned about the lack of progress in the adoption of a public and criminal policy - as foreseen in the peace agreement - to dismantle criminal organizations, including those referred to as successors of paramilitarism and their support networks. While the National Commission on Security Guarantees (mandated under the peace agreement to develop this policy) convened meetings, 10 to date, the Government and civil society actors represented in that entity did not agree on a policy. The Government suggested that existing public policies are sufficient, while civil society elaborated and proposed a new set of "Public Policy guidelines for the dismantling of criminal groups in accordance with Decree 154 of 201711" for consideration by the Commission. [...]

**21. Defending human rights remains a high-risk activity in Colombia. In 2020, OHCHR registered the killing of 133 human rights defenders. Due to restrictions related to the pandemic, OHCHR was only able to document 53 of these cases<sup>15</sup> and continues to verify 80.16 Of the documented cases, 9 per cent of the victims were women, 21 per cent were indigenous peoples, and 4 per cent were Afro-descendants.**

**22. The killings of human rights defenders occurred primarily in areas with insufficient State presence: 72 per cent of cases occurred in Cauca, Chocó, Norte de Santander, Putumayo and Valle del Cauca<sup>17</sup>; 77 per cent in rural areas; 91 per cent in municipalities with high levels of multidimensional poverty; 94 per cent in municipalities where the homicide rate indicates the existence of endemic violence; 96 per cent in municipalities where illicit economies flourish; 85 per cent in departments where the United Nations Office on Drugs and Crime identified "enclaves of cocaine production".**

**23. Of the verified cases, 25 per cent were reportedly committed by criminal groups, 15 per cent by FARC dissident groups, 13 per cent by ELN, and 4 per cent by the police or military.**  
[...]

25. OHCHR appreciates the efforts of the Office of the Attorney General to investigate reports of attacks against human rights defenders. **It noted progress with the investigation of 47 per cent of the cases that occurred in 2020 and 64 per cent of the cases that occurred between 2016 and 2019<sup>20</sup>. OHCHR welcomes the 20 convictions achieved in 2020 against those who killed human rights defenders; while another 97 cases awaited adjudication as at December 2020. While welcoming the arrest of the intellectual author in 10 cases**

*of attacks against human rights defenders in 2020, OHCHR is concerned about persistent challenges in the identification and prosecution of intellectual authors and underscores the need to dismantle the criminal structures behind them.*

*26. The Ministry of the Interior's National Protection Unit continued to receive numerous requests for protection measures, and OHCHR recognizes its efforts to respond to these demands; in 2020, the National Protection Unit assigned protection measures to 3.749 human rights defenders and social leaders. However, delays in the notification of decisions and implementation of the protection measures, and issues about their suitability, especially in rural areas, increased risks for human rights defenders. In 2020, four human rights defenders were killed in four departments despite protection measures. [...]*

*50. To break the cycles of impunity that foster violence, access to justice must be guaranteed for all, including in rural areas. OHCHR continued to observe the limited presence of the Office of the Attorney General in rural areas of Amazonas, Antioquia, Arauca, Caquetá, Cauca, Chocó, Guaviare, Meta, Nariño and Norte de Santander. The reduced number of judicial police officers, delays in processing evidence and the excessive prosecutorial workloads are affecting access to justice. In 40 per cent of the homicides in Arauca, the removal of the bodies was carried out by funeral homes. » Source: UN Human Rights Council (UN HRC), Situation of human rights in Colombia, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 10 février 2021, p.2-3, 5, 9: <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Situation%20of%20human%20rights%20in%20Colombia%20-%20Report%20of%20the%20United%20Nations%20High%20Commissioner%20for%20Human%20Rights%20%28A-HRC-46-76%29%20%28Advance%20edited%20version%29.pdf>.*

WOLA, février 2021:

*« The Special Jurisdiction for Peace's (Jurisdicción Especial para la Paz, JEP) January 26 Risk and Security Monitoring report states that: "2021 has been the most violent start of a year seen since the signing of the peace accords in Colombia with 14 armed confrontations between criminal structures and the Public Forces, 14 social leaders assassinated, 6 massacres and 5 assassinations of former FARC combatants taking place between January 1 through 24." Sadly, the JEP highlights that this translates to one social leader killed every 41 hours.» Source: WOLA, Colombia Begins 2021 with Alarming Records of Violence, 4 février 2021: [www.wola.org/2021/02/colombia-begins-2021-alarming-records-violence-urgent-action/](http://www.wola.org/2021/02/colombia-begins-2021-alarming-records-violence-urgent-action/).*

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zu Kolumbien und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter <https://www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren>.